

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

399

IV. Ausgabe

Wien, am 19. Dezember 1934.

BUDGETBERICHT

Sitzung vom 19. Dezember 1934.

Nach Beendigung der beschlussfassenden Sitzung setzte die Wiener Bürgerschaft unter Vorsitz des Vizebürgermeisters Lahr die Budgetberatungen fort.

Als erster Redner ergriff Rat Uebelhör das Wort und wies darauf hin, dass die hervorstechendste Eigenschaft der früheren Verwaltung **das Bestreben nach** Enteignung war. Dies drückte sich in den Abgaben deutlich aus. Für die heutige Verwaltung bildet die Grundlage der christliche Ständestaat. Sie kennt keine Verneinung des Privateigentumes und was sie bisher getan hat, zeigt, dass man auf dem rechten Wege geht. Man hat eine Reihe von wahnsinnigen Abgaben aufgehoben, eine Reihe anderer ermässigt. Man darf wohl bei dieser Gelegenheit auch der Hoffnung Ausdruck geben, dass die Stellung der Gemeinde Wien im Abgabenteilungsgesetz ^{künftig} eine ^{mehr} günstige sein wird, dass unter diesem Titel ihre Einnahmen nicht verkürzt werden. Der Redner gab seiner Befriedigung Ausdruck, dass die jetzige Gemeindeverwaltung es ablehnt, aus öffentlichen Mitteln Wohnhausbauten zu errichten und begrüsst die Förderung der privaten Bautätigkeit. Die Industrie erhoffe sich eine weitere Förderung der Interessen, die Vertreter der Industrie haben zu der heutigen Verwaltung von Wien volles Vertrauen und aus diesem Grunde werden wir dem Voranschlag und dem Rechnungsabschluss zustimmen.

Rat Frau Dr. Alma Motzko verweist auf die Verringerung der Einnahmen der Stadt seit 1930, der eine wachsende Not der Wiener Bevölkerung ausgedrückt in den Arbeitslosenziffern, und eine wachsende Not der Familie gegenübersteht. Während für 1930 die Gemeinde für Kinder die bei den Eltern leben in etwa 16.700 Fällen Pflege und Dauerfürsorgebeiträge geleistet hat, gab es im Frühjahr 1934 über 38.000 solche Kinder. Rednerin bringt die Tatsache zur Sprache, dass die Gemeinde infolge der Trennung Wiens von Niederösterreich an das Land ~~Niederösterreich~~ einen Betrag von 31 Millionen Schilling zu zahlen hat. Da ^{sich} das Verhältnis zwischen Wien und den anderen Ländern infolge der Neuordnung geändert hat, ist es wohl begründet, dass die Verpflichtung der Stadt Wien einer Revision unterzogen werde. Im Haushaltausschuss wurde der Beschluss gefasst, mit dem Land Niederösterreich Verhandlungen zur Herbeiführung einer ^{Herabsetzung dieser Lasten} einzuleiten.

Zur Einschränkung der Ausgaben für das Personalwesen hat die Stadtverwaltung gangbare Wege ergriffen. Ein Weg wäre allerdings nicht mehr gangbar und das wäre eine allgemeine Lohn- oder Gehaltskürzung. Der von der Stadtverwaltung beschrittene Weg, ^{unangemessene} reife Angestellte aus dem aktiven Dienst auszuschneiden, ist, wenn dies auch sehr schmerzlich ist, unabweislich und gerecht, um den jungen Menschen eine Existenz zu ermöglichen. In wenigen Fällen könnten im Interesse des Dienstes Ausnahmen statuiert werden.

Rednerin befasst sich sodann mit der Frage des Doppelverdienertum, richtiger Ueberverdienertums. Der Grundsatz, die materiell versorgte Frau der Familie zurückzugeben, ist gut und richtig, er muss nur mit den gerechten Mitteln durchgeführt werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

Die Verfügungen über Uebersverdienertum müssten auch für solche Fälle Geltung haben, in denen mehrere, sehr hohe Einkünfte in einer Hand vereinigt sind (Zustimmung). Ferner sollten Personen, die z. B. in einem Privatgeschäft eine ausreichende Existenz auch für ihre Familie innehaben, keinen öffentlichen Dienst übernehmen (Zustimmung).

Rednerin anerkennt, dass gerade die Stadt Wien sich auf diesem Gebiete von jedem Radikalismus ferngehalten und keinen Zwangsabbau durchgeführt hat und dass sie solche Berufszweige, die sich als spezielle Frauenberufe erweisen, als Frauenberufe wirklich schützt und erhält, wie z. B. Fürsorgefrauen, Lehrerinnen in Mädchenschulen und Kinderärztinnen. Unter den Junglehrern wurden auch Frauen aufgenommen.

Das städtische Wohlfahrtswesen ^{hat} sich von der früheren Tendenz überspitzten Kommunalisierung und übertriebenen Bürokratismus abgekehrt.

Während die frühere Stadtverwaltung insbesondere gegen die konfessionelle Fürsorge und besonders gegen die Caritas ausgesprochen feindselig eingestellt war, hat die neue Stadtverwaltung die freiwillige Fürsorge aller Richtungen zur Mitarbeit eingeladen und herangezogen; das bedeutet Ersparungen im gesunden Sinne, nämlich keine Verringerung der Leistungen, dafür aber bessere Organisation und Rationalisierung der Mittel. Damit das neueingeführte Fürsorgebuch ein gutes technisches Werkzeug der Fürsorge sein soll, müssen alle Fürsorgeorganisationen bereit sein, dieses Buch zu benutzen und eine Hilfe nur dann leisten, wenn sie es in das Buch eintragen können.

Rednerin wendet sich gegen die vielfach auswuchernden Hilfs- und Sammelaktionen, die verschiedentlich durch Nichtwürdige missbraucht werden und richtet an die Stadtverwaltung die Bitte, dass die Kompetenzen der Stadt Wien in Fürsorgesachen gewahrt bleiben sollen.

Alle diese Hilfsaktionen sollen in Fühlungnahme mit der Stadt Wien sein, Ordnungs- und Kontrollgewalt soll tatsächlich ausgeübt werden.

Rat Ing. Herrmann begrüsst die Vorsorge im Budget für eine Arbeitsbeschaffung und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, dass die Bürgerschaft auch für eine Erweiterung dieser Arbeitsbeschaffung eintreten werde. In Zeiten wirtschaftlicher Not bedeute jede Massnahme zu ihrer Linderung eine hervirragende patriotische Tat. Dafür müsse die Bürgerschaft eintreten, denn die Bevölkerung erwarte von ihr Taten und Redner hoffe und glaube, dass die Bürgerschaft diese Erwartung nicht enttäuschen werde.

Rat Kastl als Sprecher für die Kulturgemeinschaften der katholischen Kirche zitiert den an der Spitze der Stadtordnung stehenden Satz, wonach die Bürgerschaft berufen ist, die Ehre, das Ansehen, den christlichen Geist der Stadt Wien zu wahren, der allgemeinen Wohlfahrt zu dienen und die Interessen der Stadt zu schützen. Dieser Satz sei noch lange nicht das Entscheidende, es komme darauf an, dass er Lebendigkeit und Wirklichkeit werde. An die Worte des verewigten Bundeskanzlers Dr. Dollfuß über den Neuaufbau Oesterreichs erinnernd, bemerkt der Redner, für die nächste Zukunft hänge alles davon ab, ob es uns gelingen werde, nicht nur das Gleichgewicht im Haushalt Wiens zu erhalten, sondern auch den Geist des sozialen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Verständnisses in allen Kreisen der Bevölkerung zu vertiefen und dem Geist der christlichen Nächstenliebe zum Durchbruch zu verhelfen. Die Person des Bürgermeisters Schmitz, dessen Wirken schon so unendlich viel zu danken ist, erfülle alle mit grosser Zuversicht, dass es gelingen werde, diesen Geist im Volke fest zu verankern. Auf den Voranschlag zu sprechen kommend, bemerkt Redner, dass die Summe von 150 Millionen S die für Arbeitsbeschaffung vorgesehen ist unserer Stadt eine Aufwärtsentwicklung ermöglicht. Elend und Not werden gelindert werden können. Die Bürgerschaft hoffe, dass es mit Hilfe des Bundes gelingen werde, die Lage der Stadt in dieser Hinsicht zu erleichtern. Wenn Oesterreich wieder gesunden soll, müsse sein Herz Wien vor allem wieder gesunden.

Redner begrüsst insbesondere die Aktion Jugend in Not und weist darauf, dass im vergangenen Sommer 100 Tagesheimstätten geschaffen wurden, wo sich bis zu 8.000 Jugendliche versammeln konnten. Für viele waren Suppe und Brot, die sie dort erhielten, die einzige Nahrung. Von 30.000 Lehrlingen Wiens können heute 5000 keinen Lehrplatz finden. Man müsse mithelfen, diesem schweren Uebelstand im Interesse der Zukunft abzuwehren oder doch Erleichterung zu schaffen. Redner bittet den Bürgermeister dieses Problem durch die kompetenten Faktoren einer Lösung zuzuführen.

Frau Rat Wolfring dankt als Vertreterin für die Gruppe Familie und Erziehung dem Bürgermeister, dass er im Budget der Stadt Wien eine so familienfreundliche Haltung eingenommen hat. Die Schaffung des Familienamts ist keine Vermehrung der bestehenden Fürsorgeeinrichtungen, es wurde geschaffen um die Grundlagen zu studieren und um der Familie wieder einen gesunden Nährboden zu schaffen. Eine Grundlage die Wien als Bundeshauptstadt schaffen muss um die Urzelle des Staates zu erhalten. Der Begriff der Familie hätte nicht mehr jene Heiligkeit im Volke, die ihm zukommen muss. Wien ist die geburtenärmste Stadt von Europa. Eine Vergreisung ist eingetreten, die katastrophal ist. Zur Familienförderung gehört auch das Programm der Arbeitsbeschaffung. Es ist anzustreben, dass jeder Mann so viel verdient, dass er eine Familie erhalten kann.

Rednerin möchte aber feststellen, dass gerade jene Bezirke die kinderärmsten sind, wo die wirtschaftlich stärksten Kreise leben. Es muss also auch eine geistige Umstellung eintreten, die kommen wird durch das Beispiel von oben und Betonung einer familienfreundlichen Politik. Es muss ein Familienwohlfahrtsgesetz geschaffen werden. Besonders sei dem Bürgermeister zu danken, dass er eine Vereinfachung der Fürsorge durch Zusammenlegung der Fürsorgeämter mit den Jugendämtern angekündigt hat. Die Erziehung zum Elternberuf ist eine dringende Notwendigkeit, der Schutz der werdenden Mutter in materieller und geistiger Beziehung eine Forderung der Zeit. An die Seite der Fürsorge soll die Vorsorge treten.

Rat Dr. Strobl nimmt zu einigen Problemen Stellung. Die Stellung der Wiener Bürgerschaft ist im gegenwärtigen Stadium eine ziemlich schwierige. Leben wir doch nicht nur in der Zeit des Umbruchs der Verfassung, sondern es müssen auch die wirtschaftlichen Vertretungen neu organisiert werden. Handelt es sich doch darum, in ruhiger sachlicher Arbeit Wien als wirtschaftliche Metropole zu erhalten. Redner gibt der Meinung Ausdruck, dass der Staat in der jetzigen Zeit einen gewissen Einfluss auf die Entwicklung des Wirtschaftslebens nehmen muss, dass es aber wünschenswert wäre, wenn dieser Einfluss mit der allmählichen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sich möglichst gering gestalte. Das Wort Arbeitsbeschaffung bildet

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

4. Blatt

Wien, am

sicherlich das Hauptproblem. Redner halte es aber für bedenklich, auf diesem Gebiete in eine extreme Richtung zu verfallen. Es sei seine Meinung, dass die bestehenden Privatunternehmungen so zu entlasten wären, dass sie ihr Personal erhalten und ^{sogar} mehr Personal einstellen können. Das wesentliche soziale Problem sei die Sicherung der bestehenden Betriebe. Die Siedlungsfrage sei ebenfalls sehr umstritten, wenn man aber der Meinung ist, dass es sich bei der europäischen Krise, in der wir uns befinden, um eine Krise längerer Dauer handelt, muss man sich zur Siedlungsfrage positiv einstellen. Siedlungen kann man allerdings nur auf bestem Grund und Boden errichten, wo der nicht gewandte Siedler mit der Arbeit seiner Hände möglichst alles kultivieren kann, was er zu seinem Haushalt braucht.

Für die Siedlungsaktion ist Geld notwendig und eine vorherige Beratung und planvolle Leitung der Siedler. Das Siedlungskomitee in der Vaterländischen Front, in der Vizbgm. Dr. Winter vorbildlich Arbeit leistet, hat einen grosszügigen Plan ausgearbeitet, der in den nächsten Tagen dem Bundeskanzler überreicht wird.

Einer leidenschaftslosen Beurteilung bedarf das Problem der Einflussnahme der öffentlichen Hand auf die Wirtschaft durch geeignete Unternehmungen. Die Gemeinde muss die Möglichkeit haben auf die Versorgung der Bevölkerung und auf die Preisgestaltung Einfluss zu nehmen. Konsumenteninteressen können praktisch nur durch geeignete Organisationen vertreten werden, für die der grosse Bürgermeister Karl Lueger den richtigen Weg gezeigt hat. Redner verweist auf die Konsumgenossenschaftsbewegung und kommt auf die Arbeiterpolitik zu sprechen. Er stehe seit Februar an der Spitze der Arbeiterkonsumgenossenschaft (Grosseinkaufsstelle) und sei zur Ueberzeugung gekommen, dass eine Arbeiterpolitik in unserem Sinne gar nicht so schwierig sei, wenn man dem Arbeiter mit Gerechtigkeit und gleichem Mass begegnet. Es sei völlig falsch die Arbeiter damit gewinnen zu wollen, dass man etwa noch mehr soziale Errungenschaften verspricht als die Arbeiter bisher gehabt haben. Im Bewusstsein seiner Verantwortung erklärt der Redner, dass die beste Fürsorge für die Arbeiter die Sicherung der Betriebe ist in denen sie stehen. (Zustimmung). Eine gesunden sozialistischen Dogmatik ist mit christlicher und ständischer Dogmatik zu begegnen. Mit materiellen Mitteln allein kommt man an die Arbeiter nicht heran (Zustimmung). Redner richtet den Appell an die Räte der Stadt Wien auch in ihrem privaten Wirkungskreise diese Politik zu unterstützen und den Arbeitern mit dem gleichen Masse entgegenzukommen.

Rat Graber richtet, als Vertreter einer Berufsorganisation, die tausende Beamte umfasst, die Bitte an den Bürgermeister, er möge dem Bunde gegenüber in der Frage weiterer Leistungen der Stadt Wien Widerstand leisten.

Senatsrat Neumayer antwortet in seinem Schlusswort auf einige Bemerkungen der Redner. Er teilt mit, dass etwa 2000 Ansuchen um Pauschalierungen der Fürsorgeabgabe vorliegen, weshalb der Ansatz der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am.....

der Fürsorgeabgabe nicht höher als der für 1934 präliminierte Betrag
im ~~MM~~ Voranschlag vorgesehen wurde, welche Summe sie auch erreichen dürf-
te. Eine Erfüllung des Wunsches, den Frau Rat Dr. Motzko nach Schaffung einer
konstanten Basis zum Vergleich der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse
ausgesprochen hat, kann der Finanzreferent zusagen. (Zustimmung). Der
Bürgermeister wird in der nächsten Zeit Gelegenheiten nehmen, mit dem Lande
Niederösterreich bezüglich einer Revision der Verpflichtungen Wiens dem
Land Niederösterreich gegenüber in Fühlung zu treten. Die Bemerkungen der
Räte Wolfring, Kastl und Herrmann werden die Beachtung des Bürgermeisters
finden. Der Finanzreferent gibt seiner aufrichtigen Freude und Genugtuung
über Ausdruck, dass die Ausführungen des Rates Dr. Strobl mit dem vom
Finanzreferenten gestern entwickelten Gedankengängen ^{weithin} /
übereinstimmen. Die beste Fürsorge für die Wirtschaft ist die Erhaltung der
bestehenden Betriebe. Infolgedessen ist an das Abgabennamt die strenge Wei-
sung ergangen zwischen Zahlungsunwille die eine versteckte Konkurrenz
herstellt und wirklicher Zahlungsunfähigkeit genau zu unterscheiden. Zu den
Bemerkungen des Rates Graber erklärt der Berichterstatter, dass die Verhand-
lungen mit dem Bund noch nicht abgeschlossen seien. Die Bürgerschaft wird
in nächster Gelegenheit haben, sich mit einem Nachtragsbudget zu befassen.
Am Schlusse hebt der Berichterstatter hervor, dass für das Elaborat, das
den Voranschlag der Stadt Wien darstellt, monatelange Arbeit erforderlich
war und anerkennt die hohe Stufe der Verhandlungen im Haushaltsausschuss
in der Bürgerschaft. Er schliesst mit dem Wunsche, dass diese Unsumme von
Arbeit mit ein Baustein ^{Zum} Aufbau unserer Heimatstadt und damit auch
den Aufbau unseres Vaterlandes Oesterreich werde.

Vizebgm. Lahr als Vorsitzender dankt im Namen der Bürger-
schaft für die unendliche Mühe des Berichterstatters, für sein Referat
für das Budget.

Nächster Sitzungsbericht morgen, Donnerstag.

-.--.-.-.-